

INHALT

1. Nie war die Unterrichtsversorgung in Schleswig-Holstein so gut wie heute
2. Gemeinsamer Antrag von CDU, FDP und Grünen stärkt Husumer Messe den Rücken
3. Der schleswig-holsteinische Finanzplan zeigt Licht am Ende des Tunnels
4. Dauerhaftes Aufenthaltsrecht nur bei wirklicher Integration
5. Innen- und Rechtsausschuss deckt inakzeptables Verhalten des ermittelnden Staatsanwaltes im Fall Barschel auf

07.10.2011

Nie war die Unterrichtsversorgung in Schleswig-Holstein so gut wie heute

Seit 2005 stieg bei einem deutlichen Rückgang der Schülerzahlen die Zahl der Lehrerstellen um 1200



Heike Franzen, MdL

Seit 2005 wurden von der CDU-geführten Landesregierung trotz der dramatischen Haushaltslage 1200 zusätzliche Lehrerstellen finanziert. Gleichzeitig sank die Zahl der Schüler landesweit um 16.000. „Das hat zu einer deutlichen Verbesserung der Unterrichtssituation in Schleswig-Holstein geführt“, erklärte die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Heike Franzen, heute (07. Oktober 2011) in der Landtagsdebatte über den Bericht der Landesregierung zur Unterrichtssituation an den Schulen.

Der immer wieder erhobene Vorwurf, die Klassen in unserem Land würden immer größer, sei

nachweislich falsch. „Sie liegen insgesamt im Länderdurchschnitt, lediglich in der Sekundarstufe I des Gymnasiums weichen wir signifikant vom Länderdurchschnitt ab. Der liegt hier bundesweit bei 27 Schülerinnen und Schülern, in Schleswig-Holstein sind es 25,4“, so Franzen.

Gegenüber 2005 haben sich die erteilten Unterrichtsstunden pro Schüler um über 8 Prozent gesteigert. „Unterrichtszeit, die bei den Kindern angekommen ist!“, so Franzen. Zur Vermeidung von Unterrichtsausfall habe es in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Maßnahmen gegeben. „Unter anderem stellt das Land jährlich rund 12,1 Millionen € zur Verfügung, um Vertretungen zu finanzieren“, stellte Franzen heraus. Dennoch lasse sich Unterrichtsausfall nicht komplett vermeiden. „Wenn man allerdings bedenkt, dass wir noch im Jahr 2004 eine Ausfallquote von über 5 Prozent hatten und inzwischen bei rund 2 Prozent liegen, dann haben auch diese Maßnahmen Wirkung gezeigt“, so die Bildungsexpertin.

Franzen gab auch einen Ausblick auf die Zukunft: Bis 2020 werden es nicht – wie bislang prognostiziert - 50.000, sondern 59.000 Schülerinnen und Schüler weniger sein. Das führe unter anderem dazu, dass sich trotz der beschlossenen Einsparungen bei den Lehrerplanstellen die Unterrichtssituation in Schleswig-Holstein nicht verschlechtern wird. „Die derzeitige Schüler/Lehrerrelation von 17 zu 1, 2006 waren es noch 19 zu 1, wird sich auf diesem Niveau halten lassen“, so Franzen.

Den Bericht über das Jahr 2005 finden Sie unter folgendem Link:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl16/drucks/0900/drucksache-16-0902.pdf>

Den Bericht über das Jahr 2010 finden Sie unter folgendem Link:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1800/drucksache-17-1842.pdf>

Gemeinsamer Antrag von CDU, FDP und Grünen stärkt Husumer Messe den Rücken SPD-Fraktion zeigt Verständnis für Hamburger Pläne zur Konkurrenzmesse

Mit einem gemeinsamen Dringlichkeitsantrag haben die Fraktionen von CDU, FDP und Grünen im Schleswig-Holsteinischen Landtag die Landesregierung aufgefordert, alle politischen Mittel zu nutzen, um den Plänen der Stadt Hamburg für eine Konkurrenzmesse zur HUSUM Wind Energy entgegen zu treten. Alle Fraktionen, Parteien und Verbände wurden aufgerufen, ihren Hamburger Kolleginnen und Kollegen zu verdeutlichen, dass ein einseitiges Vorgehen nicht mit den Prinzipien norddeutscher Kooperation und gemeinsamer Interessenvertretung zusammen geht.

Die SPD-Fraktion wies diese Formulierung ausdrücklich zurück. Rednerin Marion Sellier betonte insbesondere, einen solchen Appell hätte sie von den „geschätzten Kolleginnen und Kollegen der Grünen“ nicht erwartet.

Stattdessen legten die Sozialdemokraten gemeinsam mit dem SSW einen Antrag vor, mit dem ein „Landesmessekonzept“ gefordert wurde. Sellier äußerte sogar ausdrücklich Verständnis für die Hamburger Pläne und übernahm, wie auch weitere SPD-Redner, in weiten Teilen die Argumentation des Hamburger Senates. So sagte sie unter anderem, dass letztendlich der Standortwettbewerb zwischen Husum und anderen Messestandorten nicht von der Politik, sondern von der Wirtschaft entschieden wird.

Für die CDU-Fraktion wies Jens-Christian Magnussen die Hamburger Pläne ausdrücklich zurück. Er erinnerte daran, dass über die stadteigene Konzernholding die Freie und Hansestadt Hamburg Eigentümerin der Hamburg Messe Congress GmbH ist.

“Wenn das so ist, dann frage nicht nur ich mich in diesem Zusammenhang, welche Rolle der Vorstand der Hamburg Messe Congress GmbH bei dieser Geschichte gespielt hat und auch jetzt noch spielt, wenn sie in dieser Angelegenheit samt VDMA beim Hamburger Wirtschaftssenator Horch vorstellig geworden sind“, so Magnussen. Der SPD-geführte Hamburger Senat unterstütze ganz offensichtlich den Frontalangriff der Hamburg Messe Congress GmbH und des VDMA auf den Messestandort Husum.

Die Hamburger SPD nehme durch ihr Vorgehen nicht nur billigend in Kauf, dass eine funktionierende, wachstumsorientierte Kooperation zwischen den beiden Messestandorten Hamburg und Husum auf Jahre zerstört wird, sondern auch dass in Schleswig-Holstein Arbeitsplätze gefährdet werden.

Magnussen machte deutlich, dass die HUSUM WindEnergy eine wirtschaftlich gesunde und tragfähige Veranstaltung sei, die als Marke und Aushängeschild einen würdigen Rahmen für die Aussteller und Besucher der weltweiten Leitmesse für Windenergie bildet. Damit habe die HUSUM WindEnergy die besten Voraussetzungen für eine langfristige Perspektive in Husum. Der Wirtschaftsexperte hob hervor, dass erst vor drei Wochen der internationale Branchenverband Global Wind Energy Council (GWEC) seine Partnerschaft mit der Husum WindEnergy um zwei weitere Messetermine bis 2014 verlängert habe. „Damit hat die HUSUM WindEnergy die besten Voraussetzungen für eine langfristige Perspektive in Husum, und für die werden wir weiter kämpfen“, so Magnussen.

Den Antrag von CDU, FDP und Grünen finden Sie unter folgendem Link:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1900/drucksache-17-1902.pdf>

Den Antrag von SPD und SSW finden Sie unter folgendem Link:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1900/drucksache-17-1906.pdf>



Jens-Christian Magnussen, MdL

Der schleswig-holsteinische Finanzplan zeigt Licht am Ende des Tunnels Entwicklung auf einem langen Weg besser als erwartet!

Die CDU-geführte Landesregierung ist bei der Umsetzung der Schuldenbremse einen großen Schritt vorangekommen. Das geht aus dem Finanzplan des Landes für die Jahre 2011-2015 hervor: „Dank guter Landes- und Bundespolitik ist es gelungen, die Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise zu bewältigen. Und das sogar deutlich schneller als gedacht“, erklärte CDU-Finanzexperte Tobias Koch heute (07. Oktober 2011) im Landtag.

So überträfen die prognostizierten Steuereinnahmen ab dem Jahr 2013 die mit der alten

Finanzplanung zugrunde gelegten Werte deutlich. Es müssten weniger Schulden aufgenommen werden als geplant. Dadurch würden in den kommenden Jahren bereits erhebliche Zinszahlungen vermieden.

Trotz der ausgezeichneten Einnahmesituation weise der Landeshaushalt auch in den kommenden Jahren ein strukturelles Defizit auf, das nach wie vor nur durch neue Kredite geschlossen werden kann. Um die Vorgaben der Schuldenbremse umzusetzen, bedarf es somit weiterer Ausgabenkürzungen in einem Volumen von 360 Mio. Euro.

„Für die Jahre 2013 bis 2015 bedeutet dies: Jährlich 40 Mio. Euro weniger ausgeben, als im Jahr zuvor. Die Zahlen werden also überschaubarer, Geld für neue und zusätzliche Ausgaben ist aber weiterhin nicht vorhanden“, stellte Koch klar.

Mit den Stimmen von CDU und FDP wurde der Vorschlag von Finanzminister Rainer Wiegard nach einer Einführung von Bund-Länder-Anleihen unterstützt. Koch: „Das sich für Schleswig-Holstein ergebene Einsparpotential aus der gemeinsamen Kreditfinanzierung von Bund und Ländern von 20 bis 40 Mio. Euro würde den kompletten Kürzungsbetrag des Jahres 2013 ausgleichen. Deshalb ist dieser Vorschlag sinnvoll.“

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1700/drucksache-17-1741.pdf>

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1800/drucksache-17-1856.pdf>



Tobias Koch, MdL

Dauerhaftes Aufenthaltsrecht nur bei wirklicher Integration CDU und FDP beschließend Bundesratsinitiative zum Bleiberecht

In den vergangenen Jahren wurden wiederholt Fälle bekannt, in denen Asylsuchende über viele Jahre hinweg ohne eigenes Verschulden in langen aufenthaltsrechtlichen Verfahren standen. Obwohl manche sich mittlerweile erfolgreich in unsere Gesellschaft integriert hatten, sollten sie nach Jahren doch noch ausreisen. Mit einer Bundesratsinitiative wollen CDU und FDP in Schleswig-Holstein erreichen, dass in bestimmten Fällen ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht gewährt wird, um unnötige Härten zu vermeiden.

„Für die CDU ist allerdings klar: Ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht muss davon abhängen, ob wirklich eine Integration stattgefunden hat!“, erklärte die zuständige CDU-Abgeordnete Astrid Damerow heute (07. Oktober 2011) im Landtag.

Deshalb seien in den letzten Wochen Kriterien für eine Bundesratsinitiative zu Änderungen im

Aufenthaltsgesetz erarbeitet worden. „Deren Erfüllung kann mit Recht von Integrationswilligen erwartet werden, wenn diese ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht anstreben“, so Damerow. Diese Kriterien sind unter anderem:

- ein Aufenthalt in Deutschland von mindestens acht Jahren - oder sechs Jahren, falls der Begünstigte mit einem oder mehreren minderjährigen ledigen Kindern in häuslicher Gemeinschaft lebt,
- keine Straffälligkeit während dieser Zeit,
- die ordnungsgemäße Erfüllung aller Mitwirkungspflichten am aufenthalts-rechtlichen Verfahren,
- hinreichende deutsche Sprachkenntnisse als Voraussetzung für die Teilhabe an der Gesellschaft (entsprechend der Stufe A2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen),
- die Sicherung des Lebensunterhalts durch Erwerbstätigkeit,
- das Bekenntnis zu Demokratie und bundesdeutscher Gesellschaft als gemeinsame Grundlage des Miteinanders,
- die Partizipation am sozialen Leben durch bürgerschaftliche Aktivitäten sowie die aktive Unterstützung der schulischen Integration der Kinder und Jugendlichen durch die Eltern.

Darüber hinaus sollen mit der Bundesratsinitiative Regelungsvorschläge erarbeitet werden, mit denen auf Dauer aufenthaltsrechtliche Verfahren weiter verkürzt und der Zugang zu Integrationskursen verbessert werden können.

Den Antrag von CDU und FDP finden Sie unter folgendem Link:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1700/drucksache-17-1746.pdf>



Astrid Damerow, MdL

Innen- und Rechtsausschuss deckt inakzeptables Verhalten des ermittelnden Staatsanwaltes im Fall Barschel auf. Justizminister und Staatsanwaltschaft sind zur Bewertung des Verhaltens aufgefordert

In der von CDU und FDP gemeinsam geforderten Unterrichtung des Innen- und Rechtsausschusses am Donnerstag (06. Oktober 2011) über den Verbleib von Asservaten im Fall Barschel kam ans Licht, dass der Umgang mit Beweismitteln nicht vorschriftsgemäß war: „Das Verschwinden des Haares bleibt ungeklärt. Es war DNA-fähig und stammte laut Schweizer Untersuchungen nicht von Barschel. Es wurde nach Lübeck gebracht. Wo und wann es in Lübeck abhanden kam, muss ermittelt werden“, forderte CDU-Innenpolitiker Werner Kalinka.

Das Verhalten des ehemaligen Leitenden Oberstaatsanwaltes Wille, das Buch von Sartre aus

dem Genfer Hotelzimmer an sich zu nehmen, sei völlig inakzeptabel. „Der Justizminister und die Staatsanwaltschaft werden dies zu bewerten haben“, so der Innenexperte.

Die weiteren der rund 140 Genfer Asservate seien allerdings vorhanden und könnten auf DNA-Spuren untersucht werden. Die Frage einer Wiederaufnahme der Ermittlungen befinde sich seit Aufnahme der DNA-Untersuchungen im Stadium der Vorprüfung. Die weitere Entwicklung bleibe abzuwarten.



Werner Kalinka, MdL

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de